



Angehörige von Syrern in der Schweiz sollen kein Asyl erhalten

Weil zu viele Syrer in die Schweiz kommen, hat der Bund die Visa-Bestimmungen verschärft. Bürgerliche Politiker sehen sich bestätigt, Hilfswerke sind «entsetzt».

Von Raphaela Birrer

Seit Kriegsbeginn sind über zwei Millionen Menschen aus Syrien geflohen. Der weitaus grösste Teil der Flüchtlinge lebt in überfüllten Lagern in den Nachbarländern Libanon, Türkei, Jordanien und Irak. Nachdem die Schweiz zunächst vor allem dort Hilfe geleistet hatte, reagierte sie Anfang September mit zwei Sofortmassnahmen auf das wachsende Elend: Der Bundesrat beschloss, 500 Kontingentflüchtlinge aus Syrien aufzunehmen. Und er lockerte die Einreisebedingungen für syrische Staatsangehörige, deren Angehörige bereits hier leben und mindestens einen B-Ausweis haben. Die Nachfrage nach diesen Visa ist gross: Laut Zahlen des Bundesamts für Migration (BFM) sind bis Mitte Oktober 44 Syrer in die Schweiz gekommen. Einen Monat später waren es bereits 642. Im selben Zeitraum hat sich die Zahl der ausgestellten Besucher-Visa von 800 auf

rund 1500 erhöht.

Nun hat das BFM reagiert - und die Weisung bereits wieder verschärft. Neu prüfen die Behörden vorgängig die finanziellen Verhältnisse der hier lebenden Syrer. Damit wollen sie sicherstellen, dass sie drei Monate für ihre Verwandten aufkommen können. Denn wegen Geldmangels hatten die Flüchtlinge häufig bereits bei der Ankunft einen Asylantrag gestellt. «Angesichts der damals dramatischen Lage war ein rasches und unbürokratisches Handeln angezeigt. Es ist aber nicht Sinn der Weisung, dass diese Personen nach ihrer Ankunft in der Schweiz ein Asylgesuch stellen», sagt BFM-Sprecherin Léa Wertheimer. Die genaue Zahl der Visagesuche habe das BFM nicht voraussagen können.

Mit dem grossen Andrang sei zu rechnen gewesen, monieren bürgerliche Politiker. «Wir haben genau das befürchtet, was nun eingetroffen ist», sagt FDP-Präsident Philipp Müller. Er begrüsst daher die Massnahme des BFM. Auch CVP-Nationalrat Gerhard Pfister war von Anfang an skeptisch: «Dass Menschen in die Schweiz kommen, die hier Familienstrukturen vorfinden, ist sinnvoll. Doch dabei stellt sich rasch eine quantitative Frage: Was heisst Familie? Umfasst sie auch Grossmütter, Schwager oder Cou-

sins?» **SVP-Ständerat Hannes Germann** hatte sich damals dafür ausgesprochen, mehr syrische Flüchtlinge aufzunehmen, weil aussergewöhnliche Situationen aussergewöhnliche Massnahmen erforderten. Für die Neubeurteilung des BFM zeigt er dennoch Verständnis: Für ein kleines Land wie die Schweiz sei es schwierig, einen grossen Flüchtlingsansturm zu bewältigen. «Eine glaubwürdige Asylpolitik muss konsequent sein - sonst wird das System ausgehebelt.»

Strenger als das Ausland

Anders sehen es die Hilfswerke: Die Flüchtlingshilfe ist «entsetzt» über die Verschärfungen. Die «bürokratischen Schikanen» kämen einer eigentlichen Aufhebung des Familiennachzugs gleich, teilt sie mit. Auch Amnesty International zeigt sich erstaunt: «In den Nachbarländern haben zahlreiche Syrer Unterkunft bei Familien gefunden, die nicht einmal mit ihnen verwandt sind. Und in der Schweiz werden die Sondermassnahmen nach zwei Monaten bereits wieder verschärft», bemängelt Flüchtlingskoordinatorin Denise Graf.

BFM-Sprecherin Wertheimer lässt die Schelte nicht gelten: «Es handelt sich gar nicht um eine Verschärfung, sondern um eine Präzisierung der Weisung.»